

Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht: Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2012). Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht: Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 48, 6-11. <https://doi.org/10.15464/isi.48.2012.6-11>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht

Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland

Die soziale und ökonomische Ungleichheit hat – folgt man der Berichterstattung der Medien und Studien internationaler Organisationen – in den zurückliegenden Jahren oder sogar Jahrzehnten in vielen Gesellschaften – darunter auch Deutschland – nicht unerheblich zugenommen. Das gilt in besonderem Maße für die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen, wie z. B. aus Studien der OECD (2008, 2011) hervorgeht. Ursachen für diese Entwicklung werden in Veränderungen demographischer und sozialer Strukturen sowie in der Deregulierung der Arbeitsmärkte, aber nicht zuletzt auch in der Finanzkrise gesehen. Ob und wie soziale und ökonomische Ungleichheit die Wohlfahrt und Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen, ist gegenwärtig Gegenstand intensiver und zum Teil auch kontroverser Diskussionen. Aber wenn die Behauptung zutreffen sollte, dass „der Abbau von Ungleichheiten der beste Weg zur Verbesserung unserer sozialen Lebenswelt und damit der Lebensqualität für alle ist“ (Wilkinson/Pickett 2010: 44), muss eine Zunahme der Ungleichheit Besorgnis erwecken.

Wie viel Ungleichheit in der Verteilung von Ressourcen und Belohnungen akzeptabel, erträglich oder gar für das gesellschaftliche Wohl erforderlich erscheint, und ab wann sie als inakzeptabel und unerträglich betrachtet und zu einer gesellschaftlichen Belastung wird, lässt sich jedoch nicht unabhängig von Zeit und Raum bestimmen, sondern hängt davon ab, ob und inwieweit „sie aus der Sicht der Gesellschaftsmitglieder mit geltenden Wertvorstellungen – wie z. B. Gleichheitsidealen ... kollidiert“ (Noll/Christoph 2004: 97). Ungleichheit kann daher durchaus gerechtfertigt und legitim erscheinen, ist aber in modernen und demokratisch verfassten Gesellschaften auch legitimationsbedürftig.

Obwohl die Sicht und Einstellungen der Bürger aus dieser Perspektive von zentraler Bedeutung sind, bleibt in der öffentlichen Diskussion vielfach unbeachtet, wie das Ausmaß der Ungleichheit und die gewachsenen Einkommens- und Wohlstandsdifferenzen von der Bevölkerung subjektiv perzipiert und bewertet werden. Diese Thematik steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags, der sich nach einer kurzen Betrachtung der Entwicklung der faktischen Einkommensungleichheit insbesondere mit den folgenden Fragen beschäftigt:

- Wie werden das Niveau und die Entwicklung von Ungleichheit von der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet?
- Entsprechen die Verteilungsergebnisse und -prinzipien den vorherrschenden Wertvorstellungen und Idealen in der Bevölkerung und werden sie vor diesem Hintergrund als legitim angesehen?
- Wie wirken sich die Stellung in der Ungleichheitsstruktur sowie die Wahrnehmung und Bewertung von Verteilungsergebnissen und -prinzipien auf das subjektive Wohlbefinden aus?

Die Analysen konzentrieren sich im Wesent-

lichen auf Deutschland, das aber punktuell auch in einem internationalen Kontext betrachtet wird. Die Analysen zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Ungleichheit stützen sich auf die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften in Deutschland (ALLBUS) und des International Social Survey Programme (ISSP), insbesondere die Erhebungen von 2010¹. Die Analysen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland basieren auf dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)².

Zunehmende Ungleichheit der Einkommen in Deutschland

Betrachtet man zunächst wie sich die tatsächliche Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland über die vergangenen zwei Jahrzehnte entwickelt hat, so ist tendenziell eine Zunahme der Ungleichheit festzustellen. Der Gini-Index, der als ein zusammenfassendes Maß der Ungleichverteilung Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (vollkommene Konzentration) annehmen kann, ist für diese Einkommensgröße zwischen 1992 und 2010 in Westdeutschland von .25 auf .29 und in Ostdeutschland von .21 auf .25 gestiegen (Tabelle

1). Eine ähnliche Tendenz einer zunehmenden Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen zeigt sich auch dann, wenn man das Verhältnis der Einkommen im höchsten zum niedrigsten Dezil als ein alternatives Verteilungsmaß zugrunde legt. Während die 10% der Haushalte mit den höchsten Einkommen 1992 in Westdeutschland noch das 5,1-fache der Einkommen der Haushalte im untersten Dezil erhielten, bezogen sie 2010 das 6,8-fache Einkommen. In Ostdeutschland hat sich die entsprechende Relation zwischen 1992 und 2010 von 3,8 auf 5,1 erhöht. Damit ist in Deutschland über die vergangenen beiden Jahrzehnte eine zwar vergleichsweise moderate, aber doch unzweifelhafte Zunahme der Einkommensungleichheit zu konstatieren. Bezogen auf das Ausmaß der Einkommensungleichheit nimmt Deutschland mit einem Wert des Gini-Index, der nur knapp unterhalb des EU-27 Durchschnitts liegt, im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein. Ein Anstieg der Einkommensungleichheit, wie er in Deutschland über die vergangenen beiden Jahrzehnte zu beobachten war, stellt im europäischen Vergleich allerdings eher eine Ausnahme dar, so dass von einer vielfach suggerierten universellen Zunahme der Ungleichheit nicht die Rede sein kann³.

So komplex und vielschichtig die Frage der sozio-ökonomischen Ungleichheit selbst ist, so vieldimensional sind auch die diesbezüglichen subjektiven Sichtweisen und Einstellungen. Dazu gehören insbesondere verschiedene auf soziale und ökonomische Ungleichheit bezogene Perzeptionen, Präferenzen und Bewertungen. Untersuchungen haben wiederholt gezeigt, dass derartige Einstellungen entlang einer Achse strukturiert sind, die von kritisch-egalitärer Ablehnung bis zu affirmativ-legitimierender Zustimmung gegenüber den in einer Gesellschaft vorherrschenden Ungleichheitsstrukturen reicht. Quer zu dieser Strukturierung lassen sich verschiedene inhaltliche Einstellungsdimensionen unterscheiden, wie z. B. gleichheitsbezogene Wertorientierungen und Ideale, Perzeptionen und Bewertungen von Verteilungen oder Einstellungen zu Legitimationsprinzipien und -mechanismen⁴.

Einkommensunterschiede in Deutschland werden überwiegend als zu groß erachtet

Die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen und andere Formen der Ungleichheit gewinnen ihre Bedeutung für das individuelle

Tabelle 1: Einkommensungleichheit¹ in Deutschland

	Gini-Index			Einkommensvielfache des 10. zum 1. Dezil ²		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
1992	0,26	0,25	0,21	5,3	5,1	3,8
1995	0,27	0,27	0,22	5,9	6,2	4,0
2000	0,26	0,26	0,22	5,7	5,9	4,4
2005	0,28	0,28	0,25	6,2	6,4	4,7
2010	0,29	0,29	0,25	6,6	6,8	5,1

1) Haushaltsnettoeinkommen (Vorjahr) äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala

2) Bezogen auf jeweilige Summe der Einkommen

Datenbasis: SOEP 1984-2010

Handeln oder auch das Wohlbefinden vielfach erst als subjektiv wahrgenommene und bewertete Ungleichheit. Fragt man danach, wie die Verteilung der Einkommen aus der Sicht der Bürger wahrgenommen wird, so zeigt sich, dass eine überwältigende Mehrheit der Deutschen die Einkommensunterschiede hierzulande kritisch betrachtet und als „zu groß“ bewertet¹. In Westdeutschland teilten diese Einschätzung 2010 87% der Befragten und in Ostdeutschland mit 96% nahezu die gesamte Bevölkerung (Grafik 1)⁶. Im Vergleich zu 1999 hat sich die kritische Perzeption der bestehenden Einkommensverteilung wieder verstärkt, nachdem zwischen 1992 und 1999 eine Abschwächung zu beobachten war. Erwartungsgemäß nimmt der Anteil derjenigen, die die Einkommensunterschiede als zu groß bewerten, mit steigendem Einkommen und Bildungsniveau etwas ab (Tabelle 2).

Ähnlich wie bei der faktischen Einkommensungleichheit, nimmt Deutschland auch bei der subjektiven Perzeption und Bewertung der Einkommensunterschiede im internationalen Vergleich insgesamt eine mittlere Position ein, wobei sich die Sichtweise der ostdeutschen Bevölkerung jedoch auch im internationalen Maßstab als extrem ungleichheitskritisch erweist. Aufschlussreich ist eine Klassifizierung der Länder nach dem – am Gini-Index gemessenen – Grad ihrer faktischen Ein-

kommensungleichheit und der Bewertung der Einkommensunterschiede aus der Sicht ihrer Bevölkerungen, wie sie in Grafik 2 dargestellt ist. Anhand der Kombination der beiden Merkmale lassen sich mehrere Ländercluster unterscheiden: Verschiedene mittel-/osteuropäische Länder (Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) bilden zusammen mit Österreich ein Cluster, das sich durch ein niedriges Niveau der Einkommensungleichheit auszeichnet, die aber von den jeweiligen Bevölkerungen dennoch weit überwiegend als zu groß betrachtet wird. Die skandinavischen Länder bilden dagegen zusammen mit Belgien und Zypern ein Cluster, das ebenfalls durch eine niedrige Einkommensungleichheit gekennzeichnet ist, an der aber die Bürger dieser Länder auch weniger Anstoß nehmen. Bulgarien und Lettland stellen zusammen mit Portugal und Spanien eine Gruppe von Ländern dar, die durch eine sehr hohe Einkommensungleichheit charakterisiert sind, die von der jeweiligen Bevölkerung fast ausnahmslos kritisch betrachtet wird, während die angelsächsischen Länder Australien, Großbritannien und die USA eine Gruppierung bilden, wo eine vergleichsweise hohe Einkommensungleichheit mit einer weitgehenden Ungleichheitstoleranz der Bürger einhergeht. Besonders prägnant zeigt sich diese Konstellation in den USA. Wie aus der Gegenüberstellung hervorgeht, können – je nach vorherrschender Wertorientierung – sowohl ausgeprägte Ungleichheiten akzeptiert

werden, als auch vergleichsweise egalitäre Verteilungen Anlass zur Beanstandung und Unbehagen geben, wenn sie den hohen Gleichheitsansprüchen in der jeweiligen Bevölkerung nicht genügen. Deutschland gehört zusammen mit Ländern wie Frankreich, der Schweiz und Polen zu einem Ländercluster, das durch eine moderate Einkommensungleichheit sowie eine zugleich vergleichsweise ausgeprägte Ungleichheitsaversion der Bürger gekennzeichnet ist.

Neben der Verteilung der Einkommen stellt auch die Verteilung der Bildungschancen eine zentrale Dimension der sozialen Ungleichheit dar. Chancengleichheit im Sinne gleicher Bildungschancen impliziert die Vorstellung, dass eine Ungleichverteilung der Verteilungsergebnisse, z. B. in Form ungleicher Einkommen, zumindest in gewissem Umfang gerechtfertigt sein kann, sofern garantiert ist, dass alle Bürger über die gleichen – d. h. nur durch Begabung und individuelle Fähigkeiten, nicht aber durch finanzielle oder andere herkunftsbedingte Barrieren limitierte – Ausgangsbedingungen und Startchancen verfügen.

Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht an gleiche Bildungschancen in Deutschland

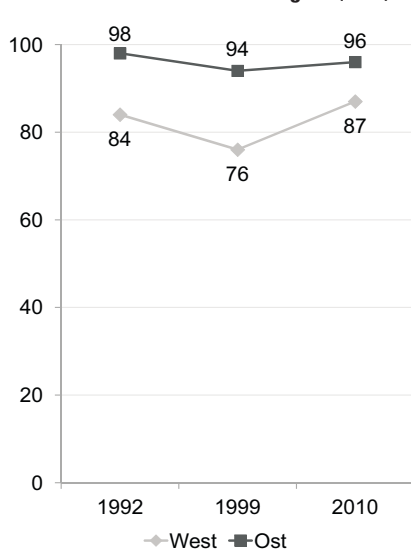
Die Überzeugung, dass das Prinzip der Gleichheit der Bildungschancen in Deutschland verwirklicht ist, d. h. „heute jeder die Möglichkeit

Tabelle 2: Einstellungen zu sozialer Ungleichheit nach soziodemografischen Merkmalen (in %)

	Einkommensunterschiede zu groß ¹	Ausbildung allein nach Begabung ²	Einkommen sollte sich auch nach Bedarf richten ³	Einkommensunterschiede als Motivation erforderlich ³	Soziale Unterschiede gerecht ³	Erhalte keinen gerechten Anteil am Lebensstandard ⁴
Gesamtdeutschland	89	39	58	60	28	40
Westdeutschland	87	41	58	62	30	35
Ostdeutschland	96	33	56	53	19	63
Schulabschluss						
kein/Hauptschule	94	44	67	70	29	47
Realschule	94	36	55	57	27	42
Abitur/FH-Reife	78	37	48	51	27	29
noch Schüler/Sonst.	88	50	69	67	32	35
Alter						
18-35 Jahre	86	38	54	56	26	38
36-50 Jahre	89	34	52	55	25	42
51-65 Jahre	88	42	60	61	28	45
66+ Jahre	91	46	65	70	33	34
Geschlecht						
Männlich	86	43	57	62	32	39
Weiblich	91	36	58	58	24	41
Haupttätigkeit						
Bezahlte Erwerbstätigkeit	88	36	52	57	26	41
In Ausbildung	87	43	55	47	25	25
Arbeitslos	89	34	75	60	17	71
Im Ruhestand	91	46	64	68	32	38
Hausarbeit	85	38	67	66	33	29
Einkommensquintile ⁵						
1. Quintil	92	37	71	60	26	62
2. Quintil	90	41	63	62	28	50
3. Quintil	94	41	60	58	26	41
4. Quintil	87	35	51	59	27	31
5. Quintil	80	39	43	59	31	22

1) Datenbasis: ISSP 2009/2010; N=1388; % – stimme voll zu / stimme zu; 2) % – ja; 3) % – stimme voll zu / stimme zu; 4) % – etwas weniger / sehr viel weniger; 5) Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala

Datenbasis: ALLBUS 2010; N=2827

Grafik 1: Wahrnehmung der Einkommensunterschiede als zu groß (in %)

Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
Datenbasis: ISSP 1992, 1999, 2009/2010

hat, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden“, wird gegenwärtig jedoch nur von einer Minderheit der Bevölkerung geteilt⁷. Im Jahre 2010 wurde die Existenz gleicher sowie den eigenen Fähigkeiten und Begabungen entsprechenden Bildungschancen von lediglich 41% der Westdeutschen und sogar nur einem Drittel der Ostdeutschen bejaht (Tabelle 2). Damit betrachten mehr als 60% der Deutschen das Ziel gleicher Bildungschancen hierzulande als nicht verwirklicht und stellen dem deutschen Bildungssystem insofern ein schlechtes Zeugnis aus. Frauen beurteilen die Verwirklichung der Chancengleichheit im Allgemeinen skeptischer als Männer und Jüngere skeptischer als Ältere. Das Haushaltseinkommen spielt dagegen bei der Beurteilung der Bildungschancen so gut wie keine Rolle.

Bemerkenswert ist nicht zuletzt auch die im Zeitverlauf zunehmende Skepsis gegenüber der Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungssystem, die in Westdeutschland zu beobachten ist. Hier ist der Anteil derjenigen, die die Verwirklichung gleicher Bildungschancen bejahen, zwischen 1994 (64%) und 2008 (40%) um 24 Prozentpunkte gesunken (Grafik 3). In Ostdeutschland hat sich die Beurteilung dagegen im Zeitverlauf weniger verändert: Nach einer zwischenzeitlich etwas positiveren Beurteilung, betrachten dort – wie schon 1994 – zwei Drittel der Bevölkerung die Chancengleichheit in der Bildung als nicht verwirklicht.

Von der Wahrnehmung der Ungleichheit in der Verteilung zentraler Ressourcen und Güter zu unterscheiden ist deren Legitimation und Bewertung aus der Sicht der Bürger. Während es bei der Wahrnehmung der Verteilungsergebnisse und -voraussetzungen darum geht, wie die Funktionsweise und Effekte der Ungleichheit produzierenden Mechanismen einer Gesellschaft perzipiert werden, geht es bei der Frage nach der Legitimation und Bewertung um Verteilungsprinzipien und die Gerechtig-

keit der Verteilungsergebnisse. Eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und Belohnungen kann unterschiedlich legitimiert werden. Die in modernen Gesellschaften zumeist vorherrschenden Legitimationsprinzipien und -mechanismen sind das Leistungsprinzip sowie das Postulat der Chancengleichheit, wonach der einzelne Bürger über Qualifikation und Leistung für seinen eigenen Erfolg oder Misserfolg letztlich selbst verantwortlich ist. Diese Form der Legitimation steht zumindest partiell im Widerspruch zu Verteilungskonzepten, die sich auf Bedarfsgesichtspunkte und andere leistungsunspezifische Kriterien stützen und damit auch dem Staat eine Schlüsselrolle und Mitverantwortung für die Verteilung der Produktionsergebnisse zuschreiben.

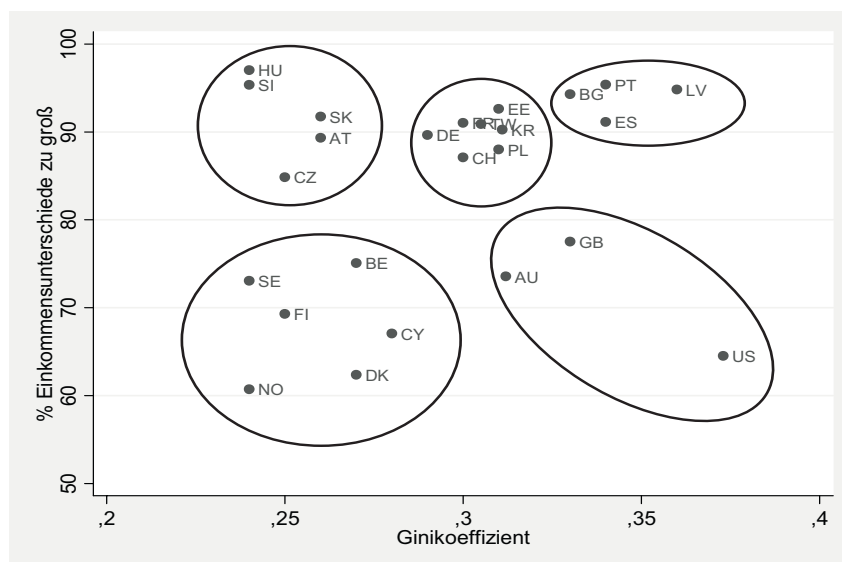
Verteilung der Einkommen sollte sich nicht nur an Leistung, sondern auch an Bedarfskriterien orientieren

Inwieweit das Leistungsprinzip uneingeschränkt gelten oder sich die Verteilung auch an Bedarfsgesichtspunkten orientieren sollte, wird an der Zustimmung zu der folgenden Aussage gemessen: „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht“. Eine derartige Relativierung des Leistungsprinzips durch Bedarfsgesichtspunkte befürworten im Jahre 2010 mit 58% der westdeutschen und 56% der ostdeutschen Befragten eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (Tabelle 2). Die Ansicht, dass sich die Höhe des Einkommens auch nach Bedarfsgesichtspunkten richten solle, wird von älteren Befragten häufiger vertreten als von jüngeren und von Personen mit niedrigem Schulabschluss häufiger als von höher gebildeten. Erwartungsgemäß nimmt die Zustimmung zu einer Relativierung des Leistungsprinzips durch Bedarfskriterien mit steigendem Haushaltseinkommen ab.

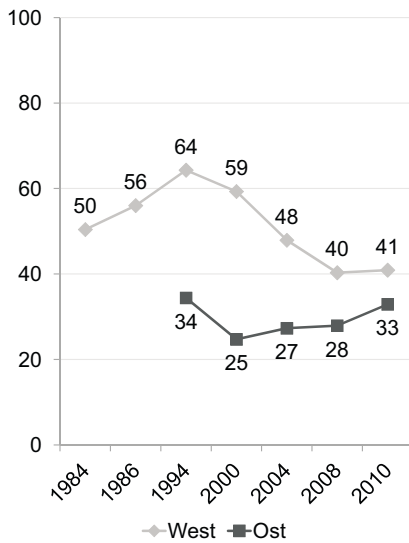
Nachdem der Anteil derjenigen, die der Ansicht

zustimmen, dass sich die Höhe des Einkommens auch nach Bedarfsgesichtspunkten richten solle⁸, in Westdeutschland vor 2010 immer unterhalb der 50%-Grenze lag und über die gesamte Beobachtungsperiode seit 1984 nur leichten Schwankungen unterworfen war, ist der starke Anstieg um nahezu 20 Prozentpunkte zwischen 2004 und 2010 ebenso bemerkenswert wie überraschend (Grafik 4). Auch in Ostdeutschland ist in diesem Zeitraum – auf höherem Niveau – ein allerdings schwächerer weiterer Anstieg zu beobachten. Über die Gründe für diese Entwicklung kann vorerst nur spekuliert werden. Manches spricht jedoch für die Vermutung, dass die zunehmende Verbreitung der Ansicht, dass neben der Leistung auch Bedarfsgesichtspunkte bei der Verteilung der Einkommen eine Rolle spielen sollten, auch ein Reflex auf die anhaltende Mindestlohn-debatte und die beachtliche Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigungen darstellen könnte, die es vielfach nicht ermöglichen, „eine Familie zu ernähren“, ohne zusätzliche Transferleistungen in Anspruch zu nehmen.

Dass Ungleichheit im Allgemeinen und Einkommensdifferenzen im Besonderen erforderlich seien, um Leistungsanreize zu bieten, ist eine weitverbreitete These, die sich auch in dem aus der politischen Diskussion bekannten Slogan „Leistung muss sich (wieder) lohnen“ manifestiert. In der Soziologie ist die These, dass differentielle Belohnungen in Form von Einkommen und Prestige als Anreize für die Leistungserfüllung in unterschiedlich relevanten und anspruchsvollen Rollen und Positionen erforderlich und damit legitim seien, aus der funktionalistischen Schichtungstheorie bekannt. Wie aber steht die Bevölkerung zu dieser Behauptung? Der Aussage „nur wenn die Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung“ stimmten 2010 60% der Befragten zu, wobei die Zustimmung in Westdeutschland (62%) höher ausfällt als in

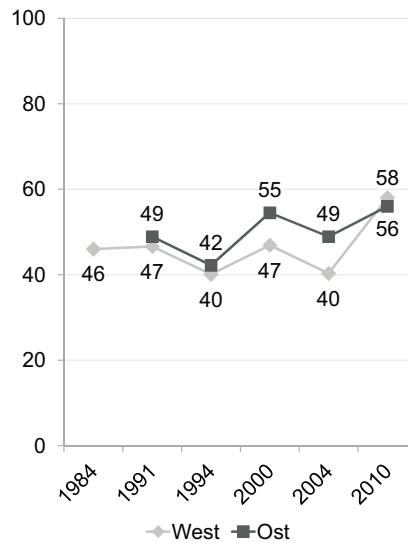
Grafik 2: Wahrnehmung der Einkommensunterschiede als zu groß und Gini-Index im internationalen Vergleich

Datenbasis: ISSP 2009/2010; Gini-Index: Social Indicators Monitor (SIMon); USA, AU: LIS-DATABASE

Grafik 3: Ausbildung allein nach Begabung (in %)

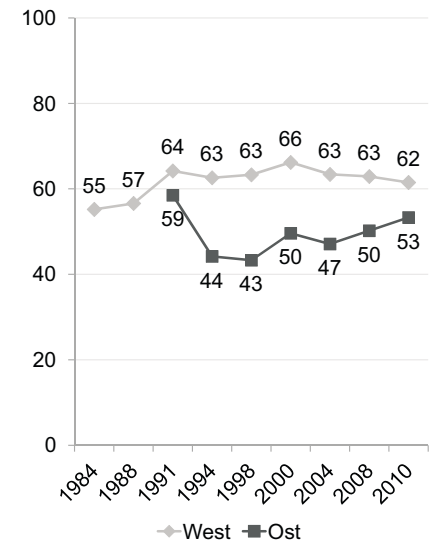
Anteile in % – ja

Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Grafik 4: Einkommen sollte sich auch nach Bedarf richten (in %)

Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu

Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Grafik 5: Einkommensunterschiede als Motivation erforderlich (in %)

Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu

Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Ostdeutschland (53%) (Tabelle 2). Die Häufigkeit der Zustimmung steigt mit dem Alter, aber nimmt mit steigendem Bildungsniveau ab: Je höher die Bildung desto eher wird das Erfordernis ungleicher Belohnungen als Anreiz für Leistung in Frage gestellt. Überraschen mag der Befund, dass die Zustimmung zu der Aussage, dass Unterschiede in Einkommen und Ansehen als Leistungsanreize erforderlich seien, nicht mit dem Haushaltseinkommen variiert, d. h. bei den Beziehern hoher Einkommen auf genauso viel oder wenig Resonanz stößt, wie bei den Beziehern niedriger Einkommen. Im zeitlichen Verlauf hat sich die Zustimmung zu der Auffassung, dass Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen als Anreiz für persönliche Leistung erforderlich seien⁹, in Westdeutschland seit dem Beginn der 1990er Jahre – von leichten Schwankungen abgesehen – nur wenig verändert und lag durchgängig bei etwas über 60% (Grafik 5). In Ostdeutschland findet diese Ansicht heute etwas mehr Zustimmung als noch in der Mitte der 1990er Jahre, aber auch hier sind die Veränderungen nicht dramatisch.

Neben der Haltung zu Legitimationsprinzipien und Verteilungsnormen ist für die Akzeptanz und Legitimation der Ungleichheit der Lebensverhältnisse vor allem auch von Bedeutung, ob die Bevölkerung die perzipierte Verteilung von Ressourcen und Belohnungen, wie z. B. die Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch die differentiellen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, subjektiv als gerecht empfindet. Nicht zuletzt daraus erklärt sich auch der hohe Stellenwert der Gerechtigkeits-thematik im politischen Diskurs und im Parteienwettbewerb. Bei der subjektiven Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit ist eine Makro- und eine Mikroperspektive zu unterscheiden: Aus der Makroperspektive betrachtet geht es darum zu bewerten, ob und inwieweit die Verteilung insgesamt als gerecht angesehen werden kann. Darüber hinaus stellt sich aber aus der individuellen Perspektive auch die Frage, ob und

inwieweit die Befragten den Anteil, den sie selbst am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten, als gerecht erachten. Auch wenn kaum zu erwarten ist, dass Personen, die der Ansicht sind einen zu geringen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, die Verteilung insgesamt als gerecht bewerten, erscheint es andererseits durchaus denkbar, dass die Verteilung des Wohlstands insgesamt als ungerecht angesehen wird, auch wenn man seinen eigenen Anteil daran als gerecht beurteilt.

Nur Minderheit betrachtet die sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht

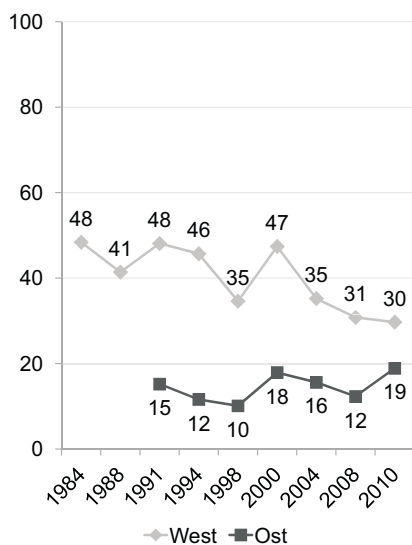
Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, wird die Verteilungsgerechtigkeit in Ost und West nach wie vor unterschiedlich beurteilt: 2010 sahen 30% der westdeutschen gegenüber 19% der ostdeutschen Befragten die „sozialen Unterschiede in unserem Land“ als gerecht an¹⁰. Hier wie dort beurteilen damit mehr als zwei Drittel der Bevölkerung die bestehenden sozialen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft als nicht gerecht. Diese Einschätzung wird von nahezu allen Gruppen der Gesellschaft geteilt und variiert nur wenig mit sozio-ökonomischen Merkmalen wie Alter, Bildung und Einkommen. Dass Arbeitslose die sozialen Unterschiede noch seltener als gerecht bewerten als andere Gruppen, ist wenig überraschend. Erstaunlicher, wenn auch nicht ganz neu, ist der Befund, dass Frauen Ungleichheiten vielfach weniger tolerieren und die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft häufiger als ungerecht wahrnehmen als Männer.

Während sich die Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit in Ostdeutschland – von Schwankungen abgesehen – im Beobachtungszeitraum seit 1991 kaum verändert hat, ist in Westdeutschland ein klarer Trend zu einer kritischeren Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit zu konstatieren: Während im Jahr 2000 noch nahezu die Hälfte der Westdeutschen die

sozialen Unterschiede als gerecht ansahen, ist dieser Anteil in dem darauffolgenden Jahrzehnt auf weniger als ein Drittel gesunken (Grafik 6). Ohne die Ursachen dafür empirisch exakt identifizieren zu können, liegt die Vermutung nahe, dass zwischenzeitliche gesellschaftliche Entwicklungen, die z. T. vermutlich auch die bereits festgestellte Zunahme der faktischen Ungleichheit verursacht haben, wie z. B. veränderte Arbeitsmarktstrukturen und die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, dazu einen Beitrag geleistet haben. Darüber hinaus könnte aber auch eine zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber Verteilungsfragen, z. B. infolge der Banken- und Finanzkrise sowie die damit einhergehende Diskussion über Managergehälter, Bonuszahlungen und ähnliche als ungerechtfertigt angesehene Privilegierungen von Eliten dazu geführt haben, dass die sozialen Unterschiede zunehmend als ungerecht wahrgenommen werden. In Ostdeutschland wurde die Ansicht, dass die sozialen Unterschiede gerecht seien, auch in den früheren Jahren immer nur von einer Minderheit von weniger als einem Fünftel der Bevölkerung vertreten, so dass hier möglicherweise bereits eine Untergrenze erreicht ist.

Ein Drittel der Westdeutschen, aber zwei Drittel der Ostdeutschen glauben nicht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten

Auch bei der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit aus der Mikroperspektive unterscheiden sich die Deutschen in Ost und West nach wie vor beträchtlich: Im Jahr 2010 glaubten 35% der Westdeutschen, aber 63% der Ostdeutschen, weniger als den ihnen gerechterweise zustehenden Anteil an dem zu erhalten, was Wirtschaft und Gesellschaft zu verteilen haben (Tabelle 2). Erwartungsgemäß ist die Beurteilung, ob man selbst das erhält was man als gerecht erachtet, eng mit dem sozio-ökonomischen Status korreliert: Je niedriger

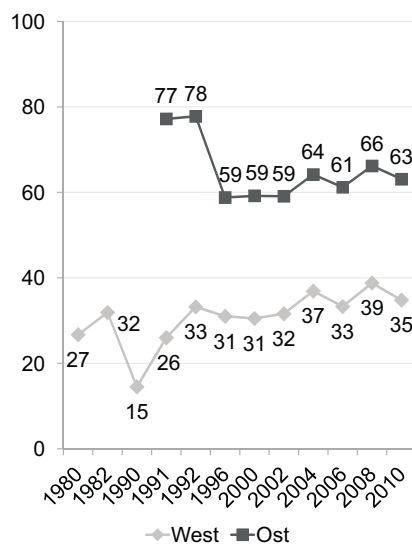
Grafik 6: Soziale Unterschiede gerecht (in %)

Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

das Bildungsniveau und das Haushaltseinkommen, desto höher ist der Anteil derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten.

In Westdeutschland hat sich diese Einschätzung über den gesamten Zeitraum seit 1992 – von kleineren Schwankungen abgesehen – kaum verändert und bleibt im Zeitverlauf weitgehend stabil (Grafik 7)¹¹. Der Anteil derjenigen, die glauben weniger als ihren gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu erhalten, lag hier auch in den früheren Beobachtungsjahren zumeist bei rund einem Drittel der Befragten. Während in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre und des damaligen turbulenten Transformationsgeschehens noch nahezu acht von zehn Befragten überzeugt waren, weniger als den ihnen gerechterweise zustehenden Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, ist dieser Anteil in der Mitte der neunziger Jahre auf rund zwei Drittel zurückgegangen und hat sich seitdem auf diesem nach wie vor hohen Niveau stabilisiert.

Die Frage, ob und wie sich die Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit auf das subjektive Wohlbefinden auswirkt, wird derzeit – vor allem durch die Studie von Wilkinson und Pickett (2010) angeregt – intensiv diskutiert. Dabei geht es nicht nur darum, ob es sich in egalitären Gesellschaften besser lebt als in durch starke Ungleichheit geprägten und z. B. Statusunbehagen (Delhey 2012) erzeugenden sozialen Strukturen, sondern auch um die Frage, ob sich das Ausmaß der wahrgenommenen sozialen Unterschiede und eine Aversion gegenüber Ungleichheit negativ auf das eigene Wohlbefinden auswirken. Vorliegende Befunde (Alesina et al. 2003) deuten z. B. darauf hin, dass Ungleichheit das subjektive Wohlbefinden in europäischen Ländern stärker beeinträchtigt als in den USA, wo die Ungleichheit zwar im Durchschnitt stärker ausgeprägt ist, aber auch eher akzeptiert und toleriert wird.

Grafik 7: Erhalte keinen gerechten Anteil am Lebensstandard (in %)

Anteile in % – etwas weniger / sehr viel weniger
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Die Frage ob und wie sich die Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit auf das individuelle subjektive Wohlbefinden auswirkt, wurde mithilfe von Regressionsanalysen geprüft (Tabelle 3). Als abhängige Variable und Maß für das subjektive Wohlbefinden wurde dabei die im ALLBUS 2010 erstmals erhobene Lebenszufriedenheit verwendet. Untersucht wird dabei der Einfluss der folgenden Dimensionen der Ungleichheitsperzeption und -bewertung, die als unabhängige Variablen in die Analyse eingehen:

- Wahrnehmung und Lokalisierung der eigenen Position in der Schichtungshierarchie.
- Wahrnehmung und Bewertung der Bildungschancen.
- Subjektive Beurteilung der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede.
- Subjektive Beurteilung der Gerechtigkeit des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard.

Um den originären Einfluss dieser Variablen auf die Lebenszufriedenheit bestimmen zu können, wurden verschiedene Modellrechnungen durchgeführt, in denen eine Reihe von Variablen

kontrolliert werden, von denen aus anderen Studien bekannt ist (Noll/Weick 2010), dass sie mit der Lebenszufriedenheit korreliert sind.

Perzipierte Ungleichheit und Ungerechtigkeit beeinträchtigen subjektives Wohlbefinden

Für die betrachteten Dimensionen der Wahrnehmung und Bewertung der Ungleichheit bestätigen die Befunde der Analysen ausnahmslos den erwarteten Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit. Besonders stark wird die Lebenszufriedenheit offenbar davon beeinflusst, ob Personen glauben, selbst ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Personen, die diese Frage positiv beantworten, sind mit ihrem Leben – ceteris paribus – deutlich zufriedener als Personen, die überzeugt sind „zu kurz zu kommen“ und im Verteilungswettbewerb benachteiligt zu werden. Der Befund, dass die Lebenszufriedenheit auch mit der Perception der Bildungschancen und der Gerechtigkeitsbewertung der sozialen Unterschiede zusammenhängt, deutet zudem darauf hin, dass sich wahrgenommene soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit negativ auf das subjektive Wohlbefinden auswirken. Schließlich hat die Analyse ergeben, dass die Lebenszufriedenheit darüber hinaus auch mit der subjektiven Schichteinstufung, d. h. der Verortung der eigenen sozialen Position in der Struktur sozialer Schichtung, zusammenhängt: Wer sich der Unter- oder Arbeiterschicht zugehörig fühlt, ist mit dem Leben tendenziell weniger zufrieden als Personen, die sich mit der Mittel- oder Oberschicht identifizieren. Der Befund, dass sich dieser Effekt auch dann als statistisch signifikant erweist, wenn das Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau kontrolliert werden, stützt die These eines eigenständigen Effekts der subjektiven Schichtidentifikation auf das subjektive Wohlbefinden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass mit der Zunahme der sozioökonomischen Ungleichheit in Deutschland offenbar auch die Sensitivität der Bürger gegenüber Ungleichheit und Ungerechtigkeit gestiegen ist und kritische Einstellungen dazu an Verbreitung gewonnen haben. Das gilt für die Beurteilung der Verteilungsergebnisse

Tabelle 3: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als Determinanten der Lebenszufriedenheit (OLS Regression)

	(1)	(2)
Mittelschicht (Referenz)		1
Unter-, Arbeiterschicht		-0,344***
Obere Mittel-, Oberschicht ¹		0,217
Bildungsmöglichkeit nach Begabung (0/1)	0,363***	0,368***
Soz. Unterschiede gerecht (0-1)	0,686***	0,438*
Ant. Lebensstandard gerecht (0-1)	3,1***	1,609***
Observations	2096	2096
Adjusted R ²	0,131	0,293

Abhängige Variable „Allgemeine Lebenszufriedenheit“ (0-10)

Skalen der unabhängigen Variablen standardisiert auf den Wertebereich von 0 bis 1.

In Modell 2 unter weiterer Kontrolle von alten und neuen Bundesländern; Haushaltsnettoeinkommen (ln); Haushaltsgröße (ln); Alter; Schulabschluss; Erwerbsstatus; subjektiver Gesundheitszustand

Unstandardisierte Koeffizienten, Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001

Datenbasis: ALLBUS 2010

ebenso wie für die Legitimationsmechanismen. Insofern ist die Legitimation der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Zugangschancen und Belohnungen in Deutschland brüchiger geworden. Diese Entwicklung einer bröckelnden Ungleichheitslegitimation war in den westdeutschen Bundesländern markanter als in den ostdeutschen, wo die Ungleichheit allerdings zuvor schon ausgesprochen kritisch bewertet und weniger toleriert wurde als in Westdeutschland. Die nicht unbeträchtliche Aversion gegenüber einer zunehmenden sozio-ökonomischen Ungleichheit schlägt sich nicht zuletzt auch im subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung nieder, das nicht nur durch das als ungerecht empfundene persönliche Abschneiden im Verteilungswettbewerb, sondern auch durch die Wahrnehmung von Ungleichverteilung und Ungerechtigkeit beeinträchtigt wird.

- 1 Das ISSP 2009 hatte wie bereits in den Jahren 1992 und 1999 Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als thematischen Schwerpunkt. Die Erhebung erstreckt sich in den beteiligten Ländern über die Jahre 2009 und 2010. In Deutschland wird das ISSP jeweils zusammen mit dem ALLBUS durchgeführt, d. h. die Daten beziehen sich auf das Jahr 2010. Für weitere Informationen zum ALLBUS und dem ISSP vgl. www.gesis.org/das-institut/wissenschaftliche-abteilungen/dauerbeobachtung-der-gesellschaft/survey-programme/.
- 2 Für detaillierte Informationen zum SOEP vgl. www.diw.de/soep.
- 3 Zur zeitlichen Entwicklung des Gini-Index in der EU vgl. „Social Indicators Monitor-SIMon“ (www.gesis.org/SIMon). Demnach ist eine Zunahme der Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen seit der Mitte der 1990er Jahre nur für eine Minderheit der EU-Mitgliedsländer zu beobachten. Für die EU-15 Länder insgesamt ist der Gini-Index über diesen Zeitraum im Durchschnitt praktisch unverändert geblieben.
- 4 Vgl. dazu ausführlicher Noll/Roberts (2003: 155 ff.).
- 5 Frage: „Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind zu groß.“ (Stimme – voll/ eher/weder noch/eher nicht/überhaupt nicht – zu).
- 6 Nahezu identische Befunde werden dazu auch aus anderen Studien berichtet (Hinz/Liebig 2010).
- 7 Frage: „Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“ („Ja“, „Nein“).
- 8 Frage: „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.“ (Stimme – voll/ eher/eher nicht/ überhaupt nicht – zu).
- 9 Frage: „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.“ (Stimme – voll/ eher/eher nicht/ überhaupt nicht – zu).
- 10 Frage: „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen

gerecht.“ (Stimme – voll/ eher/eher nicht/ überhaupt nicht – zu).

- 11 Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren – gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“

Alesina, Alberto, Di Tella, Rafael, MacCulloch, Robert, 2004: *Inequality and happiness: are Europeans and Americans different?* *Journal of Public Economics*, 88, S. 2009-2042.

Delhey, Jan, 2012: *Gleichheit fühlt sich besser an. Statusunbehagen und Wohlbefinden in europäischen Gesellschaften. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 47: S. 8-11.*

Hinz, Thomas, Liebig, Stefan, 2010: *Bericht zur Studie Einkommensgerechtigkeit in Deutschland. Universität Konstanz und Universität Bielefeld* (<http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/liebig/pdf/Studie-Einkommensgerechtigkeit-2010.pdf>).

Luxembourg Income Study – LIS: <http://www.lisdatacenter.org>.

Noll, Heinz-Herbert, Christoph, Bernhard, 2004: *Einstellungen zu sozialer Ungleichheit. In R. Schmitt-Beck, M. Wasmer, A. Koch (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 7: Sozialer und politischer Wandel in Deutsch-*

land. Opladen: Leske + Budrich, S. 97-125.
Noll, Heinz-Herbert, Roberts, Lance, 2003: *The Legitimacy of Inequality on Both Sides of the Atlantic. A Comparative Analysis of Attitudes in Canada and Germany. The Tocqueville Review/La Revue Tocqueville, Vol. XXIV, (2), S. 153-189.*

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2010: *Subjective well-being in Germany: evolutions, determinants and policy implications. In: Bent Greve (ed.): Happiness and Social Policy in Europe. Cheltenham: Edward Elgar, S. 69-88.*

OECD, 2008: *Growing Unequal? Income Distribution in OECD Countries. OECD Publishing: Paris.*

OECD, 2011: *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing: Paris.*

Social Indicators Monitor – SIMon: <http://gesis-simon.de>.

Wilkinson, Richard, Pickett, Kate, 2010: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Deutsche Ausgabe, 3. Auflage. Berlin: Tolkemitt Verlag.*

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245

heinz-herbert.noll@gesis.org

stefan.weick@gesis.org

Unsicherheit des Arbeitsplatzes mindert Arbeitszufriedenheit besonders in Deutschland

Vergleichende Analysen zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitsbedingungen in Europa

Die Arbeitsbedingungen und Qualität von Arbeitsplätzen sind immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Auf der einen Seite sind durch äußere Zwänge wie technischer Fortschritt und die Globalisierung induzierte Veränderungen der Arbeitswelt unvermeidbar, auf der anderen Seite stellt sich die Frage, was den Erwerbstätigen zugemutet werden kann. Besonders von Gewerkschaftsseite wird der Fokus immer wieder auf die Belastungen gerichtet, denen Erwerbstätige heute ausgesetzt sind. Zunehmende Befristungsquoten und daraus entstehende Jobunsicherheit, flexiblere Arbeitszeiten und eine mit dem technischen Wandel einhergehende permanente Erreichbarkeit sowie die verlängerte Lebensarbeitszeit durch Erhöhung des Rentenalters sind nur einige Beispiele für veränderte Belastungen, denen Erwerbstätige heute ausgesetzt sind. Da die Erwerbstätigkeit einen zentralen Aspekt des Lebens darstellt, nicht zuletzt weil die Menschen einen Großteil des Tages damit verbringen und Arbeit neben ökonomischen Ressourcen auch Status und Sinn vermittelt, sind die Arbeitsbedingungen für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Erwerbstätigen insgesamt von erheblicher Bedeutung. In welchem Umfang die Erwerbstätigen in Deutschland und den übrigen Ländern der EU tatsächlich von belastenden Arbeitsbedingungen betroffen sind und wie sie ihre Arbeitsplatzsituation subjektiv wahrnehmen und bewerten, wird im vorliegenden Beitrag näher untersucht.

Der Begriff der Arbeitsbedingungen umfasst verschiedene Dimensionen. Indikatoren und Indizes, die entwickelt wurden, um die „Qualität der Arbeit“ umfassend zu messen und zu beobachten, orientieren sich zumeist an sechs zentralen Kategorien: Körperliche Sicherheit

und physische und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, soziale Beziehungen, Qualifizierungsmöglichkeiten, Einkommen, Arbeitszeit und Beschäftigungssicherheit¹. Im Folgenden wird näher beleuchtet, wie die Erwerbstätigen in Deutschland, im Vergleich zu denen in